

FREIBERUFLER-TICKER vom 5. Juni 2026

1. BFB-Mitgliederversammlung: Dr. Romy Ermler als Vizepräsidentin gewählt

Die Mitgliedsorganisationen des BFB kamen am 2. Juni 2026 in Berlin zu ihrer [jährlichen Mitgliederversammlung](#) zusammen. Im Mittelpunkt standen Nachwahlen zum Präsidium und Vorstand sowie die Diskussion aktueller Herausforderungen für die Freien Berufe. Neu ins Präsidium gewählt wurde Dr. Romy Ermler, Präsidentin der Bundeszahnärztekammer. Neu in den Vorstand rückten Dr. Markus Sikora, Präsident der Bundesnotarkammer, und Dr. Fabian Widder, Vizepräsident des Deutschen Anwaltvereins, nach. „Die Freien Berufe stehen vor einer entscheidenden Wegmarke. Das zunehmende Interesse externer Investoren an traditionell freiberuflich geprägten Strukturen, Diskussionen über bewährte Formen der Selbstverwaltung und die wirtschaftliche Unsicherheit in Deutschland zeigen, dass wir die Rahmenbedingungen für freiberufliches Arbeiten aktiv verteidigen und weiterentwickeln müssen“, sagte BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister. Neben den Personalentscheidungen prägten wirtschaftspolitische Fragen die Beratungen. Themen waren die Fachkräftesicherung, der zunehmende Einfluss von Fremdinvestoren auf freiberufliche Strukturen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Selbstständige. Bereits am Vorabend hatten die Landesverbände des BFB diese Themen intensiv mit Dr. Michael Meister (CDU), Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit im Bundeskanzleramt, diskutiert, bevor der Tag bei einem Get-together im Garten des Hartmannbundes ausklang.

2. OECD veröffentlicht halbjährlichen Wirtschaftsausblick 2026

Am 3. Juni 2026 [veröffentlichte](#) die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ihren halbjährlichen Wirtschaftsausblick 2026, inklusive einer Länderanalyse für Deutschland. Darin wird ein Wirtschaftswachstum für Deutschland 2026 von 0,7 Prozent erwartet. Für 2027 wird mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,1 Prozent gerechnet. Die Autorinnen und Autoren des Berichts empfehlen, zur wirksamen Umsetzung öffentlicher Investitionen und Verteidigungsausgaben Vergabe-, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu vereinheitlichen sowie die Verwaltungskapazitäten – besonders auf lokaler Ebene – zu stärken. Die Freien Berufe werden indirekt adressiert. Die OECD sieht in bestehenden Regulierungen und Zulassungsanforderungen im Bauwesen und im Dienstleistungssektor teilweise Markteintritts- und Wachstumshemmnisse. Daher wird angeregt, berufsrechtliche Zugangsregelungen und Genehmigungspflichten zu überprüfen und – wo möglich – zu reduzieren, um mehr Wettbewerb, Unternehmensgründungen und Innovation zu ermöglichen.

3. Allianz für Aus- und Weiterbildung und „Sommer der Berufsausbildung“ gestartet

Am 1. Juni 2026 begann die neue Laufzeit (2026–2029) der Allianz für Aus- und Weiterbildung. Gleichzeitig startete der „Sommer der Berufsausbildung“ zum sechsten Mal in Folge als gemeinsame Dachmarke der Allianz. Aus diesem Anlass wurden auf der Website Videobotschaften von Bundeskanzler Friedrich Merz sowie von den Hausspitzen der Allianz-Partnerinnen und -Partner, darunter auch von [BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister](#), veröffentlicht. Der BFB engagiert sich seit vielen Jahren als drittgrößte Kammerorganisation und Partner der Allianz für die Stärkung der dualen Ausbildung und die Verbesserung der Rahmenbedingungen im Sinne der freiberuflichen Ausbilderinnen und Ausbilder.

4. NEET-Quote in der EU weiter rückläufig

Das Statistische Amt der Europäischen Union (EU) [meldete](#) Ende vergangener Woche einen Rückgang des Anteils junger Menschen, die weder arbeiten noch eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren (NEET). 2025 lag er in der EU bei elf Prozent (2015: 15,2 Prozent). Die niedrigsten NEET-Quoten sind in den Niederlanden (5,3), Schweden (5,9) und Slowenien (7,6) zu verzeichnen, die höchsten in Rumänien (19,2), Bulgarien (13,8) und Griechenland (13,6). In Deutschland betrug der Anteil der NEETs 9,5 Prozent (2015: 8,5). Obwohl die Quote gegenüber 2015 leicht gestiegen ist, lag sie weiterhin unter dem EU-Durchschnitt. Dazu dürften unter anderem die duale Ausbildung, die hohe Arbeitsmarktbeteiligung junger Menschen und verschiedene Förderangebote beitragen. Gleichzeitig bestehen in Deutschland strukturelle Unterschiede: höhere NEET-Quoten bei gering Qualifizierten, jungen Menschen mit Migrationshintergrund und in einigen Regionen Ost- und Westdeutschlands.

5. KOM konsultiert zu Ausbildungsanforderungen von Fachärzten

In der Richtlinie über Berufsqualifikationen sind auf EU-Ebene Mindestanforderungen an die Ausbildung für mehrere Berufe, darunter Hebammen sowie Fachärztinnen und Fachärzte, festgelegt. Diese Anforderungen bilden die Grundlage für die automatische Anerkennung von Qualifikationen für den grenzüberschreitenden Zugang zu reglementierten Berufen in der EU. Die Europäische Kommission will die Mindestanforderungen an die Ausbildung durch einen delegierten Rechtsakt im vierten Quartal 2026 aktualisieren, um sie an den allgemein anerkannten wissenschaftlichen und technischen Fortschritt anzupassen. Im Bereich der fachärztlichen Weiterbildung werden insbesondere die Mindestausbildungszeiten für diejenigen Fachgebiete angepasst, für die bislang eine Mindestweiterbildungsdauer von drei Jahren vorgesehen war. Künftig soll die Mindestweiterbildungsdauer auf vier Jahre angehoben werden. Betroffen sind die Fachgebiete Anästhesiologie, Augenheilkunde, Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, Hämatologie, Endokrinologie, Physikalische und Rehabilitative Medizin, Dermatologie und Venerologie, Allergologie sowie Stomatologie. Der Entwurf des delegierten Rechtsakts kann noch bis zum 29. Juni 2026 [kommentiert](#) werden.

6. Klimawandel verändert die Arbeitswelt: BMAS legt Abschlussbericht vor

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) veröffentlichte laut Mitteilung vom 3. Juni 2026 den [Abschlussbericht](#) „Klima wandelt Arbeit – Wie der Arbeitsschutz den Herausforderungen des Klimawandels begegnen kann“. Der Bericht bündelt die Ergebnisse der zweijährigen Politikwerkstatt „Klima wandelt Arbeit“ des Programms [ARBEIT: SICHER + GESUND](#). In der flankierenden Pressemitteilung heißt es: „Der Abschlussbericht gibt einen kompakten Überblick über zentrale Erkenntnisse, Ableitungen und Handlungsfelder und dient daher auch als Grundlage für die weitere Diskussion und Weiterentwicklung einzelner Themen in der Arbeitsschutz-Community. Die Ergebnisse fließen in die bestehende Arbeitsschutz-Systematik ein (zum Beispiel in die Arbeitsschutzausschüsse), sie stärken die Kommunikation und Umsetzung von Maßnahmen (zum Beispiel durch Praxishilfen) und geben Impulse für die Forschung.“

7. BIBB startet Berufe- und Kompetenzradar

Das Berufe- und Kompetenzradar des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), das am 2. Juni 2026 [gestartet](#) wurde, ist ein neues Online-Portal, das Informationen zu Berufen, Kompetenzen und Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt bündelt. Es stellt wissenschaftlich fundierte Daten zu Beschäftigung, Fachkräftebedarf, Qualifikationsanforderungen und beruflicher Bildung bereit. Nutzerinnen und Nutzer können aktuelle Trends sowie langfristige Entwicklungen in verschiedenen Berufen und Branchen analysieren. Das Portal verknüpft

historische Daten mit Prognosen zur zukünftigen Entwicklung von Berufen und Kompetenzen. Ziel ist es, Politik, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen und Einzelpersonen bei fundierten Entscheidungen zur Berufs- und Qualifikationsentwicklung zu unterstützen.

8. Mehr Tempo bei der Digitalisierung gefragt

Den meisten Menschen in Deutschland geht die Digitalisierung zu langsam. Insgesamt knapp drei Viertel (73 Prozent) wünschen sich mehr Tempo: 46 Prozent sagen, die Digitalisierung gehe ihnen viel zu langsam, 27 Prozent eher zu langsam. Vor zwei Jahren sagten 59 Prozent, es gehe ihnen viel oder eher zu langsam. Das sind Ergebnisse einer Befragung im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die am 1. Juni 2026 [vorgestellt](#) wurde. Nur noch 13 Prozent der Deutschen empfinden das Tempo der Digitalisierung als eher zu schnell oder viel zu schnell (2024: 22 Prozent). Jede und jeder Zehnte (zehn Prozent) hält das aktuelle Tempo hingegen für genau richtig, nach 16 Prozent 2024. Besonders verbreitet ist die Sorge, digital nicht mithalten zu können, unter Älteren. Bei den 16- bis 29-Jährigen sagen dies 35 Prozent, unter den 30- bis 49-Jährigen 36 Prozent. Bei den 50- bis 64-Jährigen sind es 46 Prozent, bei den 65- bis 74-Jährigen 53 Prozent und bei den Über-75-Jährigen 67 Prozent. Auch zwischen Frauen und Männern zeigen sich Unterschiede: 49 Prozent der Frauen sorgen sich, der technischen Entwicklung nicht folgen zu können, bei den Männern sind es 40 Prozent.

